

Stadt	18.01.2024 15:00 Uhr	Schulausschuss
Oberhausen	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
21. Sitzung des Schulausschusses		
Rathaus Oberhausen; Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Anwesende

Frau Marita Wolter
 Herr Bürgermeister Andreas Blanke
 Frau Karin Dubbert
 Frau Gundula Hausmann-Peters
 Herr Chris Höppner
 Herr Dirk Rubin
 Frau Simone-Tatjana Stehr
 Herr Benedikt Josef Domberger
 Frau Helga Grothe
 Frau Dagmar Heitmann
 Herr Maximilian Janetzki
 Herr Thomas Krey
 Herr Dr. Jörg Schröer-Tebbe
 Herr Ralf Bohnes
 Frau Maren Großenbrink
 Frau Sandra Gödderz
 Frau Stefanie Schadt Geschäftsführerin Fraktion DIE GRÜ-
 NEN
 Frau Jutta Both
 Frau Angelika Glauch
 Herr Marc Hoff
 Frau Ursula Pechner-Gorissen
 Frau Sila Özer

Abwesende

Herr Andreas Völker
 Herr Johannes Thielen
 Frau Denise Horn
 Herr Muhtalif Demirci

Verwaltung

Herr Jürgen Schmidt
 Herr Apostolos Tsalastras
 Frau Doreen Barzel
 Herr Boris van Benthem

Stadt Oberhausen	18.01.2024 15:00 Uhr	Schulausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
21. Sitzung des Schulausschusses		
Rathaus Oberhausen; Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Herr Torben Schuster
Herr Kai Zylka
Herr Jörn Goyer
Herr Simon Schauff

Gäste

Außerdem

Frau Karin Büschenfeld
Herr Christoph Hegener

Stadt Oberhausen	18.01.2024 15:00 Uhr	Schulausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
21. Sitzung des Schulausschusses Rathaus Oberhausen; Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Tagesordnung:

I. ÖFFENTLICHER TEIL

- 1 Bestellung einer Schriftführerin/eines Schriftführers und einer stellv. Schriftführerin/eines stellv. Schriftführers
- 2 Vorberatungen
 - 2.1 Haushaltssicherungskonzept 2024 ff.
Vorlage: B/17/4376-02
 - 2.2 Vorberatung Haushalt 2024
Vorlage: B/17/4323-01
 - 2.3 Elternbeiträge im Rahmen der Ferienangebote der Offenen Ganztagsschule im Primarbereich
Hier: Übergangslösung bis zum gesetzlichen Mindestanspruch im Offenen Ganztag ab dem Schuljahr 2026/2027
Vorlage: B/17/4387-02
Die Vorlage wird nachgereicht.
 - 2.4 Namensgebung für den „Multifunktionskomplex Osterfeld“ im Rahmen des Stadterneuerungsprojektes „Sozialer Zusammenhalt Oberhausen Osterfeld“
Vorlage: B/17/4295-01
- 3 Kenntnisnahmen
 - 3.1 Umsetzung des Digitalpakts Schule und der Ausstattungsoffensive NRW
Vorlage: M/17/4339-01
 - 3.2 Offenes Sport- und Bewegungsangebot am Wochenende
Projekt „Open Sunday“ Jahresbericht 2023
Vorlage: M/17/4336-01
 - 3.3 Probleme? Lösungen!
Handlungsempfehlungen an Oberhausener Schulen für Schulleitungen Lehrkräfte Betreuungspersonal und Schulsozialarbeitende
Vorlage: M/17/4400-01

Stadt Oberhausen	18.01.2024 15:00 Uhr	Schulausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
21. Sitzung des Schulausschusses		
Rathaus Oberhausen; Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

4 Mitteilungen der Verwaltung

4.1 Sachstand Schulentwicklungsplanung Schillerschule
Die Vorlage wird nachgereicht.

Stadt	18.01.2024 15:00 Uhr	Schulausschuss
Oberhausen	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
21. Sitzung des Schulausschusses		
Rathaus Oberhausen; Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Frau Wolter eröffnet die Sitzung.

Die Einladung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung sind den Mitgliedern form- und fristgerecht zugegangen. Die Niederschrift des 20. Schulausschusses vom 30.11.2023 wird zur Kenntnis genommen.

Frau Glauch (Linke) ergänzte als Hinweis zum TOP 1.4 „Schulentwicklungsplanung im Förder-schulbereich – Schwerpunkt Schillerschule“ der letzten Niederschrift, dass die Lage bezüglich der Inklusion an den weiterführenden Schulen prekär sei und mehr Schulen Förderkinder aufnehmen sollten.

Frau Büschenfeld (Bezirksregierung Düsseldorf) erwiderte, dass die Eltern eine freie Wahl bei der Schulentscheidung haben und die bestehenden Standorte des Gemeinsamen Lernens in Oberhausen mit den dort vorhandenen Platzangeboten aktuell den Bedarf in Oberhausen decken. Sobald diese Platzangebote nicht mehr ausreichen, wird eine weitere Schule als Standort des Gemeinsamen Lernens erschlossen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird von Frau Wolter die neue Bereichsleitung 3-3-Schule – Frau Barzel – begrüßt. Frau Barzel nutzt die Gelegenheit und stellt sich vor.

Frau Wolter stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Stadt	18.01.2024 15:00 Uhr	Schulausschuss
Oberhausen	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
21. Sitzung des Schulausschusses		
Rathaus Oberhausen; Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

I. ÖFFENTLICHER TEIL

1. Bestellung einer Schriftführerin/eines Schriftführers und einer stellv. Schriftführerin/eines stellv. Schriftführers

Herr Schuster wird einstimmig zum Schriftführer des Schulausschusses ernannt. Herr Zylka wird ebenfalls einstimmig als stellvertretender Schriftführer ernannt.

2. Vorberatungen

2.1. Haushaltssicherungskonzept 2024 ff. Vorlage: B/17/4376-02

Der Stadtkämmerer Herr Tsalastras erläutert die Tagesordnungspunkte 2.1 und 2.2 und erklärt, dass die Landesregierung zurzeit Änderungen in den gesetzlichen Vorschriften zum Haushaltsrecht erarbeitet, die Auswirkungen auf den Haushalt und das Haushaltssicherungskonzept (HSK) haben werden. Aufgrund der Änderung der Gemeindeordnung ist die Stadt Oberhausen in der Lage, einen globalen Minderaufwand in Höhe von 2 % bzw. 20 Mio. EUR einzusparen. Darüber hinaus verpflichtet das HSK, ein Einsparvolumen von 20-35 Mio. EUR zu erzielen. Herr Tsalastras geht nach der kommunalen Prüfung von einer entsprechenden Genehmigung des Haushalts 2024 aus.

Frau Hausmann-Peters (CDU) hinterfragt beim Haushaltssicherungskonzept für den Bereich 3-3 die lfd. Nr. 12 bezüglich der Reduzierung der Aufwendungen für Einzel- und Gruppenbeförderungen.

Herr Krey (SPD) folgt den Ausführungen von Frau Hausmann-Peters.

Der Beigeordnete Herr Schmidt führt aus, dass es sich bei dieser Maßnahme um den Schüler-spezialverkehr handelt und ein hohes Ausgabevolumen von insgesamt 2,3 Mio. EUR beinhaltet. Es wird seitens der Schulverwaltung analysiert, ob bei der nächsten anstehenden Ausschreibung die Beförderung von Einzel- auf Sammeltransporte umgestellt werden kann. Dabei hebt Herr Schmidt die zu berücksichtigende Einzelfallprüfung hervor und versichert, alle Schüler*innen der Stadt Oberhausen bedarfsgerecht zu befördern. Es wird weiter ausgeführt, dass sich der Bereich 3-3 mit dieser Maßnahme an dem HSK beteilige und der generellen Vorgabe eines Einsparziels von bis zu 2 % nähert. Darüber hinaus versichert Herr Schmidt, dass sich der Bereich 3-3 um einen Organisationsvorschlag bemüht, sollte die Analyse zur o.g. Umstellung führen.

Frau Hausmann-Peters (CDU) hinterfragt nochmals die Einsparprognose sowie die Beförderung zu den freiwilligen Sportveranstaltungen.

Herr Schmidt bekräftigt, dass aufgrund der vorgeschlagenen HSK-Maßnahme die Einsparung nicht zu Lasten der Schüler*innen der Stadt Oberhausen geht. Des Weiteren wird die Schülerbeförderung zu den Sportveranstaltungen fortan als pflichtige Aufgabe angesehen, sodass die Fahrten zu den Sportwettkämpfen und ähnlichen Veranstaltungen durchgeführt werden können.

Frau Stehr (CDU) erkundigt sich, ob bei Sammeltransporten eine logistische Organisation vonnöten ist, die erhöhte Personalkosten zur Folge haben.

Stadt Oberhausen	18.01.2024 15:00 Uhr	Schulausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
21. Sitzung des Schulausschusses		
Rathaus Oberhausen; Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Herr Schmidt negiert eine Personalkostensteigerung aufgrund dieser Maßnahme.

Herr Rubin (CDU) ist über die Zahlung für die Schülerbeförderung zu der Förderschule in die Stadt Essen irritiert.

Frau Barzel führt aus, dass der Schulträger im Primarbereich verpflichtet sei, ein Förder-schulangebot „Sprachförderung“ vorzuhalten. Oberhausener Schülerinnen und Schüler mit die-sem Förderschwerpunkt werden durch die Albert-Liebmann-Schule in Essen, Förderschule mit dem Schwerpunkt „Sprache“, entsprechend gefördert. Hierüber besteht ein entsprechender Vertrag und die Stadt Oberhausen ist verpflichtet, die Beförderungskosten für die Oberhausener Schülerinnen und Schüler zu übernehmen. Eine solche interkommunale Kooperation bzgl. För-derschulen sei üblich.

Die Vorlage wird ohne Votum vorberaten.

2.2. Vorberatung Haushalt 2024

Vorlage: B/17/4323-01

Herr Krey (SPD) hinterfragt die Haushaltspositionen bzgl. des mittelfristigen Weiterbaus und weiterer möglicher Schulraumoptimierung. Darüber hinaus werden die Haushaltsmittel in Höhe von 110.400 EUR im Produktbereich 03 der Schülerträgeraufgaben (Seite 134) für die Neue Gesamtschule kritisch infrage gestellt.

Herr Schmidt sieht die Schulbaumaßnahmen ohne Auflagen, sodass alle notwendigen laufen-den und geplanten Maßnahmen nicht beeinträchtigt werden. Für eine konkrete Planung wird auf die SBO verwiesen.

Des Weiteren führt Herr Schmidt an, dass die Planung für die Neue Schule noch nicht abge-schlossen ist und sich die Stadt Oberhausen in der vorläufigen Planung befindet.

Herr Tsalastras führt aus, dass Schulbaumaßnahmen nach der Gemeindeordnung eine pflichti-ge Aufgabe darstellen und die Haushaltsmittelanmeldungen wie gemeldet in den Haushalt übernommen werden.

Herr Hoff (FDP) stellt das Zustandekommen der Kosten infrage.

Herr Schmidt führt aus, dass im zweiwöchigen Jour fixe zur Neuen Gesamtschule die Fachpla-nung besprochen wird und einzelne Gewerke noch nicht abgeschlossen sind. Eine abschlie-ßende Planung soll im Monat September erfolgen. Für die genaue Kostenzusammensetzung wird auf die SBO verwiesen.

Herr Tsalastras ergänzt, dass verwaltungsseitig die Mitteilung bis zum HFA nachgeliefert wird.

Die Aussage wird vom Schulausschuss zustimmend entgegengenommen.

Frau Hausmann-Peters (CDU) hinterfragt im Teilergebnisplan (Seite 114, Zeile 11) die Steige-rung der Personalaufwendungen von 21 Mio. auf insgesamt 26 Mio. EUR.

Herr Schmidt führt aus, dass zusätzliche Stellen im Bereich 3-3 vonnöten waren und einige

Stadt	18.01.2024 15:00 Uhr	Schulausschuss
Oberhausen	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
21. Sitzung des Schulausschusses		
Rathaus Oberhausen; Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Stellen von Förderprogrammen abgedeckt sind und refinanziert werden.

Herr Hoff (FDP) meldet bzgl. des Haushalts Beratungsbedarf an.

Die Vorlage wird ohne Votum vorberaten.

2.3. Elternbeiträge im Rahmen der Ferienangebote der Offenen Ganztagsschule im Primarbereich
Hier: Übergangslösung bis zum gesetzlichen Mindestanspruch im Offenen Ganztag ab dem Schuljahr 2026/2027
Vorlage: B/17/4387-02

Frau Gödderz (Grüne) sieht sich nicht in der Lage den Beschlussvorschlag zu beraten, da dieser zu spät eingegangen ist.

Herr Rubin (CDU) sieht Probleme bei der Satzung sowie bei der Finanzierung. Es wird bemängelt, dass berufstätige Eltern bei dieser Vorlage im Anmeldeverfahren benachteiligt werden. Darüber hinaus werden die Blockbelegung und die doppelte Kostenstruktur als problematisch angesehen.

Herr Krey (SPD) folgt den Aussagen von Herrn Rubin und wünscht Nachbesserung im Hinblick auf die Blockbuchung sowie der Kosten, vor allem in Bezug auf Menschen, deren Verdienst nur knapp über der Grenze der Sozialleistungen liegt.

Herr Hoff (FDP) stimmt den Vorrednern zu und empfindet das Anmeldeverfahren für Berufstätige als zeitlich unfair. Ein zeitlich besseres Anmeldefenster sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Chancengleichheit werden vorgeschlagen. Des Weiteren wird auf die damaligen Angebote und die Tatsache verwiesen, dass es eine blockweise Platzvergabe nur aufgrund der Fördermittel gab und dieser Umstand nun geheilt werden könnte.

Frau Glauch (Linke) kritisierte das späte Einreichen der Vorlage.

Frau Gödderz (Grüne) hinterfragt, warum es keine Staffelung der Einkommensstufen ähnlich wie bei den OGS-Beiträgen gibt.

Frau Amrehn (Schulformsprecherin Grundschulen) beurteilt das Anmeldeverfahren als nicht umsetzbar.

Herr Schmidt entschuldigt sich für die späte Zeitschiene und führt aus, dass die bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen aus dem Jugendbereich leider nicht übertragbar sind und der Rechtsbereich eine neue öffentlich-rechtliche Satzung fordert. Die Blockbelegung wurde aufgrund der personalproblematischen Herausforderung von den Trägern erbeten, da die wochenweise Platzvergabe auch schon bei der Jugendförderung vorhanden sei. Es wurde von Herrn Schmidt weiter ausgeführt, dass die Refinanzierung über die Elternbeiträge eine Bedingung ist, um die vom Rat beschlossenen ca. 1 Mio. EUR für die Kosten der OGS Ferienangebote zum Teil refinanzieren zu können. Darüber hinaus werden BuT-Berechtigte berücksichtigt und besondere Härtefälle im Einzelfall entschieden. Eine Einkommensstaffelung wäre nur mit zusätzlichen Personalaufwand möglich, dieser würde nicht im Verhältnis zum Verwaltungsaufwand bzgl. der Zuordnung und Überprüfung stehen. Herr Schmidt verdeutlicht, dass es sich bei

Stadt Oberhausen	18.01.2024 15:00 Uhr	Schulausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
21. Sitzung des Schulausschusses		
Rathaus Oberhausen; Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

dieser Vorlage um eine Übergangslösung bis zum Sommer 2026 handelt und aktuell auf weitere Ausführungen des Landes zum allgemeinen OGS-Anspruch seitens der Stadtverwaltung gewartet wird. Für das Anmeldeverfahren wurde an den Fachbereich verwiesen.

Frau Barzel erläutert, dass das Anmeldeverfahren über das Bestandsprogramm des Bereichs 3-1 stattfinden soll und die Ferienspiele zwei Wochen zeitversetzt seitens 3-1 zur Anmeldung freigegeben werden. Eine zeitlich begrenzte Beschränkung ist zurzeit noch unklar, jedoch generiert das vorhandene System eine Warteliste, falls es zu Überbuchungen kommt.

Das Angebot im OGS-Bereich entspricht einer vorangegangenen Bedarfsabfrage, so Herr Schmidt. Es wurde weiterhin ergänzt, dass sich die Kostenstruktur seit Jahren nicht verändert hat und nun Preissteigerungen durch Inflation und erhöhte Personalkosten berücksichtigt werden müssen. Eine letztjährige Förderung konnte diese Faktoren nur kurzfristig aufschieben.

Herr Krey (SPD) mutmaßt, dass BuT-Berechtigte ihre zur Verfügung gestellten Mittel in den Osterferien schon aufgebraucht hätten und ab Sommer als Härtefall kategorisiert, werden müssten. Die schwierige Thematik sei bekannt und aus diesem Grund trifft die kurze Zeitschiene der Vorlage auf Unverständnis.

Frau Gödderz (Grüne) findet eine Preiserhöhung auf 270 % in Kombination mit einer doppelten Zahlung für die OGS und das Ferienangebot als nicht gerechtfertigt.

Herr Hoff (FDP) bezeichnet das Anmeldeverfahren als Windhundrennen, welches mit der Blockbuchung und den immensen Kosten nicht die primäre Zielgruppe der Alleinerziehenden und Berufstätigen bevorzugt. Die Vorlage wird als nicht zustimmungsfähig bezeichnet.

Herr Rubin (CDU) erkennt keine Bedarfsdeckung und erinnert, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei dieser Vorlage im Vordergrund stehen sollte.

Frau Schadt (Grüne) fragte offen, wie mit der Vorlage umgegangen werden soll und wie sie nachgebessert und beschlossen werden kann.

Eine nicht nachvollziehbare Preissteigerung sieht Herr Blanke (Grüne) als nicht vermittelbar an und verdeutlicht, dass eine Härtefallregelung eher einen abschreckenden Charakter hat und überfordernd wirkt. Die Vorlage wird erneut als nicht zustimmungsfähig bezeichnet.

Der Beigeordnete Herr Schmidt verwies bei den Kosten auf die Diskussion im vergangenen September, in der damaligen Beschlussvorlage wurden die Elternbeiträge zur Refinanzierung bereits konkret beschrieben. Die Grundstruktur ist seitdem in der Vorlage sowie in der Satzung unberührt gewesen. Die Vorlage wird seitens Herrn Schmidt als Übergangslösung bezeichnet und verdeutlicht, dass ohne Beschluss keine Satzung Inkrafttreten kann und dementsprechend keinerlei Elternbeiträge erhoben werden können. Herr Schmidt versprach den Anwesenden, dass ein ergänzender Vorschlag noch vor dem anstehenden HFA unterbreitet wird.

Die Vorlage wird ohne Votum vorberaten.

Stadt Oberhausen	18.01.2024 15:00 Uhr	Schulausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
21. Sitzung des Schulausschusses		
Rathaus Oberhausen; Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

**2.4. Namensgebung für den „Multifunktionskomplex Osterfeld“ im Rahmen des Stadterneuerungsprojektes „Sozialer Zusammenhalt Oberhausen Osterfeld“
Vorlage: B/17/4295-01**

Herr Krey (SPD) verwies auf den Beratungsgegenstand und betonte, dass es um die Namensgebung des Multifunktionskomplex und nicht die Namensgebung der Aula gehen sollte. Darüber hinaus wurde die Bürgerbeteiligung bemängelt und ausgeführt, dass einige Namen nicht gefallen haben und demnach ignoriert wurden.

Frau Stehr (CDU) fragte, ob es sich bei den fehlenden Namen um „Klotz“ und „Bude“ handelt.

Diese Frage wurde von Frau Wolter bejaht.

Ebenfalls wurde dies von Herrn Schmidt bestätigt.

Herr Krey (SPD) moniert eine ganztägige Beteiligungsrunde, die im Endeffekt doch ignoriert wurde. Es wurde gebeten Beteiligungsrunden ernst zu nehmen, direkter als Verwaltung inkludiert zu sein oder sie sofort zu unterlassen.

Frau Wolter widerspricht dem dargestellten Prozess und entgegnet, dass der Name „Forum“ dort ebenfalls diskutiert wurde.

Frau Wolter fragt die Zustimmung ab.

Die Vorlage wird mit Mehrheit, gegen die Stimmen der SDP und bei Enthaltung von BOB, positiv vorberaten.

3. Kenntnisnahmen

**3.1. Umsetzung des Digitalpakts Schule und der Ausstattungsoffensive NRW
Vorlage: M/17/4339-01**

Herr Hoff (FDP) kritisiert den Sachstand mit dem Datum 12.12.2023 und verwies auf eine aktualisierte Form für den Beratungsgegenstand, da das letzte Quartal nun abgeschlossen sei.

Herr Krey (SPD) fragt nach, ob im Sommer alles fertig ist.

Herr van Benthem antwortet, dass er die bisherige Planung bestätigen kann, aber auch gewisse Risiken bestehen. Es ist noch nicht geklärt, ob alle Arbeiten im Bereich der Elektrik pünktlich abgeschlossen sind und die generelle Raumsituation entscheidend für die Erreichung des Zeitziels ist. Es wird jedoch ein guter Fortschritt attestiert und über den Prozess wird weiterhin im Schulausschuss berichtet.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Stadt Oberhausen	18.01.2024 15:00 Uhr	Schulausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
21. Sitzung des Schulausschusses		
Rathaus Oberhausen; Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

**3.2. Offenes Sport- und Bewegungsangebot am Wochenende
Projekt „Open Sunday“ Jahresbericht 2023
Vorlage: M/17/4336-01**

Frau Gödderz (Grüne) lobt das gute Projekt und hebt die Tatsache hervor, wie viele Kinder mit einer geringen Summe erreicht werden können. Es wird nachgefragt, inwieweit die Kinder sowie Erwachsene vom Projektstandort erfahren und ob Schulkinder von anderen Schulen an dem Projekt teilnehmen können.

Herr Hoff (FDP) verweist auf die Ausführungen im vorangegangenen Sportausschuss und spricht ein rollierendes System an und fragt, wann alle Schulen als Standort an dem Projekt teilgenommen haben.

Herr Krey (SPD) lobt das Programm ausdrücklich und wünscht sich einen Ausbau des Projektes, obwohl ihm die Problematik mit den fehlenden Übungsleitungen bekannt ist. Ein weiteres Werben für dieses Programm wird erbeten.

Bezüglich der Projektwerbung spricht Herr Schauff über einen üblich anstehenden Promotion-day wenige Tage vor Projektstart, bei dem entsprechende T-Shirts, Flyer und weitere Informationsmaterialien für die Eltern an die Kinder verteilt werden. Darüber hinaus gibt es im Vorhinein Gespräche mit den Lehrkräften und Schulleitungen, die alle Kinder regelmäßig an das Projekt erinnern. Andere Schulen zu inkludieren, stellt sich als schwierig dar, so Herr Schauff, da einzelne Schulen keine anliegende Turnhalle oder nicht genügend Hallenkapazitäten aufgrund von Wettkampfsportveranstaltungen am Wochenende zur Verfügung stellen können. Somit sind einige Schulstandorte nicht geeignet. Es kann maximal eine Partnerschule eingeladen werden, da ansonsten zu viele Kinder vor Ort sind und die Betreuungsgrenze der Übungsleitungen überschritten wird. Die Erich-Kästner-Schule und die Königsschule sind erstmalig als Projektstandort dabei und die Hartmannschule käme als weiterer Standort infrage. Es wird eine Wiederholung des rollierenden Standortzyklus in Aussicht gestellt.

Frau Gödderz (Grüne) fragt nach, ob Schulkinder ohne Turnhalle demnach nicht an den Open Sundays teilnehmen können.

Herr Schauff wünscht sich, alle Kinder zu berücksichtigen, versucht dies auch und hat Ideen bezüglich möglicher Kooperation von Schulstandorten, verweist aber auf die angesprochenen Probleme.

Herr Krey (SPD) stellt klar, dass es sich bei den Rückfragen keinesfalls um eine Kritik handelt, sondern lobt indes das Projekt erneut und würde sich eine Erweiterung wünschen.

Frau Wolter lobt das Open Sunday Projekt ebenfalls.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Stadt Oberhausen	18.01.2024 15:00 Uhr	Schulausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
21. Sitzung des Schulausschusses		
Rathaus Oberhausen; Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

3.3. Probleme? Lösungen!
Handlungsempfehlungen an Oberhausener Schulen für Schulleitungen Lehrkräfte Betreuungspersonal und Schulsozialarbeitende
Vorlage: M/17/4400-01

Frau Hausmann-Peters (CDU) kritisiert, dass der Leitfaden vor knapp vier Jahren beauftragt wurde und die Verwaltung den Leitfaden aus Duisburg nur abgeschrieben hätte. Dieser Leitfaden sei veraltet und einige Rechtsgrundlagen bzgl. bspw. des Kinderschutzgesetzes wurden geändert oder ergänzt. Darüber hinaus wurde angemerkt, dass an dem Bedarf der Schulen vorbeigearbeitet wurde und auch prekäre Thematiken wie z.B. Schulabsentismus gänzlich fehlt. Frau Hausmann-Peters bezweifelt eine Einbindung der Schulen stark. Den originären Auftrag sieht Frau Hausmann-Peters nicht als erfüllt an und erinnert an den ursprünglichen Antrag und die darin geforderten systematischen Handlungsschemata.

Herr Krey (SPD) bezieht sich auf die Zeilen 29 - 31 in der Vorlage und betont, dass der Leitfaden als Basis dienen soll, um darauf aufbauend einen thematischen Austausch der schulischen Akteure zu gewährleisten und dies in den schulischen Alltag zu integrieren. Die originäre Vorlage sollte als erste Diskussionsgrundlage dienen und kein abgeschlossener Vorgang sein. Anmerkungen sowie Kritik wären seitens Herrn Krey im Vorfeld wünschenswert gewesen. Die Informationen über die Kontaktstellen sind gut, aber im Ganzen stellen die Informationen nicht die angedachte Hilfe dar, so Herr Krey.

Herr Hoff (FDP) schließt sich Frau Hausmann-Peters an und kritisiert ebenfalls den langen Bearbeitungszeitraum über drei Jahre.

Frau Stehr (CDU) kritisiert die lange Bearbeitungsdauer und betont, dass die Zeitschiene für jeglichen Fraktionsantrag zu lang wäre und eine Vorinformation wünschenswert ist, falls sich eine Bearbeitung aus irgendwelchen Gründen verzögert. Der Zeitraum und der Inhalt werden von Frau Stehr scharf kritisiert.

Herr Blanke (Grüne) kritisiert die Verwaltung, dass sie ohne Nachdruck gehandelt hat und findet den Vorgang inakzeptabel, da es um die Bildung der Kinder in Oberhausen geht.

Frau Amrehn (Schulformsprecherin Grundschulen) hebt die ursprüngliche Frage nach Handlungsempfehlungen hervor. Informationen, die den Status Quo abbilden, stellen keine Hilfe dar. Darüber hinaus wird auf das Layout verwiesen, welches beispielsweise das Thema Inklusion fraglich einseitig darstellt. Frau Amrehn möchte, dass die Schulen eingebunden und gefragt werden, was sie benötigen, um handlungsfähig zu sein.

Frau Hausmann-Peters (CDU) hinterfragt, warum das Thema Inklusion in einem Problemordner thematisiert wird und zeigt auf, dass es thematisch am falschen Platz ist und es keine problembezogene Betrachtungsweise sein darf.

Herr Schmidt erkennt aufgrund der getätigten Aussagen den Handlungsbedarf seitens der Verwaltung und entschuldigt sich für die verzögerte Zeitschiene. Seitens Herrn Schmidt wird ausgeführt, dass die Verwaltung nach vorne blickt, um ein sachgerechtes Produkt zu entwerfen, was den gewünschten Anforderungen entspricht.

Stadt	18.01.2024	Schulausschuss
Oberhausen	15:00 Uhr	
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
21. Sitzung des Schulausschusses		
Rathaus Oberhausen; Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Herr Hegener (Schulaufsicht) führt aus, dass ein Schema in Abstimmung ist und das Bildungsbüro parallel an damit zu koppelnden Handlungsempfehlungen arbeitet. Die Verknüpfung der Funktionen mit den Ablaufplänen wird seitens Herrn Hegener in den Qualitätszirkel mitgenommen.

Frau Hausmann-Peters (CDU) merkt die Aufnahme der Themen Schulabsentismus und Suchtprobleme an und schlägt zugehörige Formulare vor. Es wird eine neue Zeitschiene bis Mitte des laufenden Jahres vorgeschlagen.

Herr Blanke (Grüne) möchte eine Einbeziehung der Schulen und sieht eine separate Betrachtung des Themas Inklusion außerhalb des Leitfadens als notwendig an.

Frau Stehr (CDU) verlangt ein neues belastbares Ergebnis bis zum Sommer 2024 und besteht auf eine explizite Aufnahme in das Protokoll.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wird bis zur letzten Sitzung des Schulausschusses vor den Sommerferien 2024 einen neuen Leitfaden erarbeiten und dem Schulausschuss vorstellen.

4. Mitteilungen der Verwaltung

4.1. Sachstand Schulentwicklungsplanung Schillerschule

Herr Schmidt führt aus, dass die Verwaltung mit der SBO und der Schulleitung im dauerhaften Austausch ist. Als erster Schritt der Ertüchtigungsplanung wird kurzfristig eine Raumzelle am Standort Arminstraße errichtet. Aufgrund des nötigen zeitlichen Vorlaufs für den Beschaffungsvorgang wird die entsprechende Vorlage bereits in den Rat in diesem Beratungsgang gegeben. Die Vorlage wird im nächsten Schulausschuss nachgereicht, wofür sich Herr Schmidt entschuldigt.

Die Mitteilung wird ohne weitere Wortmeldung zur Kenntnis genommen.

Ende des öffentlichen Teils: 16:45 Uhr

Wolter
Vorsitzende

Schuster
Schriftführer